

Newsletter Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- Investitionen in Umwelt-, Natur- und Klimaschutz in Höhe von 250 Mrd. EUR für die Mitgliedstaaten 2
- EU-Kommission veröffentlicht Bericht über die Anwendung der Wettbewerbsregeln im Agrarsektor 2
- EU-Handelsabkommen tragen zu Wachstum und Beschäftigung bei und unterstützen die nachhaltige Entwicklung 3
- Start der dritten Europäischen Woche der Berufsbildung 3

Rat der Europäischen Union

- Verkehrs- und UmweltministerInnen der EU beschließen am 29. Oktober „Grazer Deklaration“ 4
- EU-Maßnahmen zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung durch Kunststoffe 4
- EU-FinanzministerInnen beraten über die Besteuerung der digitalen Wirtschaft und über umweltfreundliche Investitionen 5

Europäisches Parlament

- Facebook-Datenklau: Privatsphäre von Usern besser schützen 6
- Das EU-Parlament hat über das EU-Japan-Handelsabkommen im Handelsausschuss abgestimmt 6
- Europas Konservative gehen mit Weber in die Europawahl 7

Ausschuss der Regionen

- EU-Kommission schlägt vor, die Rolle der Regionen und Städte zu stärken 8

Laufende Konsultationen	9
Tagesordnungen der Institutionen	10
Impressum	10

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45–47
B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu*



Europäische Kommission

Investitionen in Umwelt-, Natur- und Klimaschutz in Höhe von 250 Mrd. EUR für die Mitgliedstaaten

Die EU-Kommission hat am 25. Oktober grünes Licht für ein Investitionspaket in Höhe von 243 Mio. EUR aus dem EU-Haushalt für Projekte im Rahmen des Programms LIFE zur Förderung von Natur- und Umweltschutz und der Lebensqualität gegeben.

Durch die im Rahmen des LIFE-Programms für die Umwelt und Klimaschutz bereitgestellten EU-Mittel werden zusätzliche Investitionen mobilisiert, sodass insgesamt 430,7 Mio. EUR für 142 neue Projekte zur Verfügung stehen. Da zahlreiche grenzübergreifende Projekte finanziert werden, wird LIFE sich auf alle EU-Mitgliedstaaten auswirken.

Mittel in Höhe von 196,2 Mio. EUR fließen in Projekte für Umwelt und Ressourceneffizienz,

Natur und Biodiversität sowie Verwaltungspraxis und Information im Umweltbereich. Dazu gehören größere Investitionen in Projekte, die eine Wiederverwendung von mehr Kunststoff ermöglichen. Die Nutzung dieser Abfälle als hochwertige Rohstoffe für die Automobil-, Bau- und Verpackungsindustrie ist nur ein Beispiel dafür, wie LIFE die Ziele der EU-Strategie für Kunststoffe in einer Kreislaufwirtschaft der EU-Kommission praktisch unterstützt.

[Mehr Informationen](#)

EU-Kommission veröffentlicht Bericht über die Anwendung der Wettbewerbsregeln im Agrarsektor

Die EU-Kommission hat am 26. Oktober ihren ersten Bericht über die Anwendung der Wettbewerbsregeln im Agrarsektor veröffentlicht. Der Bericht zeigt, dass die EU-Wettbewerbsbehörden mit ihrer Arbeit dazu beitragen können, dass Landwirte beim Verkauf ihrer Produkte an Großabnehmer oder Genossenschaften bessere Bedingungen erzielen.

Die EU-Wettbewerbsvorschriften, nach denen Absprachen zur Festsetzung von Preisen oder anderen Handelsbedingungen oder zur Aufteilung von Märkten verboten sind, gelten auch für die Produktion von und den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Die Verordnung über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse sieht jedoch Ausnahmen von der Anwendung dieser Vorschriften vor, die alle oder einige landwirtschaftliche Sektoren bzw. bestimmte Situationen betreffen.

Die EU-Wettbewerbsbehörden haben bislang 178 Untersuchungen im Agrarsektor durchgeführt. Mehr als ein Drittel der Untersuchungen betraf Verarbeiter von

Agrarerzeugnissen, wobei die Landwirte die größte Gruppe von Beschwerdeführern darstellten. Eine der wichtigsten Feststellungen des Berichts ist, dass einige Mitgliedstaaten gelegentlich versucht haben, die Einfuhren bestimmter landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus anderen Mitgliedstaaten zu beschränken. Die EU-Wettbewerbsbehörden haben Landwirten, anderen Marktteilnehmern und Regierungen Orientierungshilfe bei der Auslegung und Anwendung des Wettbewerbsrechts in diesem Sektor geboten, z. B. bei den Initiativen zur Förderung der Nachhaltigkeit von Landwirtschaftsbetrieben oder bei der Veröffentlichung von Preisen durch Branchenorganisationen.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Europäische Kommission

EU-Handelsabkommen tragen zu Wachstum und Beschäftigung bei und unterstützen die nachhaltige Entwicklung

Der von der EU ausgehandelte bessere Zugang zu ausländischen Märkten kommt europäischen Unternehmen, Arbeitnehmern und Verbrauchern zugute.

Aus dem zweiten Jahresbericht vom 31. Oktober über die Umsetzung von Handelsabkommen geht hervor, dass sich diese Abkommen bei der Beseitigung von Handelshemmnissen und der Förderung hoher Schutzstandards in den Bereichen Arbeit und Umwelt als wirksam erwiesen haben. Die europäischen Exporteure könnten die Chancen, die ihnen die bestehenden Abkommen bieten, jedoch noch besser nutzen.

Der am 31. Oktober veröffentlichte Bericht erfasst die Entwicklungen des Jahres 2017 und zeigt, dass der Handel im Rahmen der bestehenden EU-Handelsabkommen weiter zunimmt. Von der Abschaffung der Zölle haben der Agrar- und Lebensmittelsektor der EU am stärksten profitiert.

Trotz dieser positiven Entwicklungen könnte noch mehr erreicht werden, wenn die Unternehmen in der EU die Möglichkeiten, die sich aus den bestehenden Abkommen ergeben, in vollem Umfang nutzen würden. Deshalb bemüht sich die EU-Kommission zusammen mit den Mitgliedstaaten und den Unternehmensnetzwerken verstärkt darum, Unternehmen in der EU, insbesondere KMU, zu informieren und ihnen dabei zu helfen, Nutzen aus den Handelsabkommen zu ziehen.

[Mehr Informationen](#)

Start der dritten Europäischen Woche der Berufsbildung

In der Woche vom 5. bis zum 9. November 2018 organisiert die Europäische Kommission – nach dem Erfolg der ersten beiden Veranstaltungen – zusammen mit dem österreichischen Ratsvorsitz in Wien die dritte Europäische Woche der Berufsbildung.

Unter dem Motto „Entdecke dein Talent“ werden Tausende junger Menschen in ganz Europa Gelegenheit haben, sich auf mehr als 1000 Veranstaltungen, die überall in Europa bis Dezember 2018 laufen, zu informieren, welche Möglichkeiten und Chancen die berufliche Aus- und Weiterbildung bietet. Beteiligt sind Berufsbildungsträger, Organisationen der Zivilgesellschaft, Behörden, Unternehmensverbände, Gewerkschaften und die breite Öffentlichkeit, um auf den Nutzen der beruflichen Aus- und Weiterbildung aufmerksam zu machen.

Mit der Veranstaltungswoche soll deutlich gemacht werden, dass es sowohl für junge Menschen als auch für Erwachsene klug ist, sich für die berufliche Aus- und Weiterbildung zu entscheiden, die zu einem hohen Bildungsstand, hochwertigen Arbeitsplätzen und einer besseren Beschäftigungsfähigkeit verhilft. Die Woche trägt damit zur europäischen Kompetenzagenda und zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte bei.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Verkehrs- und UmweltministerInnen der EU beschlossen am 29. Oktober „Grazer Deklaration“

Bei der informellen Tagung in Graz betonten die Verkehrs- und UmweltministerInnen am 30. Oktober, die Wichtigkeit eines globalen Wandels hin zu einer kohlenstoffarmen und klimaresistenten Gesellschaft. Schwerpunkte dieses Treffens waren die Zeitumstellung, die „Grazer Deklaration“ und die Verkehrssicherheit.

Der österreichische Ratsvorsitz hat die „Grazer Deklaration“ ausgearbeitet und sie den Mitgliedstaaten am 30. Oktober zur Diskussion vorgelegt. Die Mitgliedstaaten und die EU-Kommission werden im Rahmen dieser Deklaration aufgefordert, ihre Anstrengungen zu verstärken, Maßnahmen für eine saubere Mobilität rasch umzusetzen. Die EU-Klimaziele 2030 und die langfristige Vision 2050 seien nur durch politische Maßnahmen und die Ausrichtung der Finanzierungs- und Förderstrukturen zu erreichen.

Die EU und betroffene Akteure sollen Maßnahmen in Bereichen wie saubere Fahrzeuge, Mobilitätsmanagement und -planung, die aktive Mobilität zur Förderung von Gesundheit und Nachhaltigkeit, Multimodalität und Infrastruktur weiterentwickeln.

Die informelle Tagung der Umwelt- und VerkehrsministerInnen lädt die EU-Kommission ein, auf diesen Prinzipien und vorgeschlagenen Maßnahmen aufzubauen und eine umfassende Strategie zu entwickeln und umzusetzen.

Eine Mehrheit der EU-MinisterInnen haben sich am 29. Oktober für die Abschaffung der Zeitumstellung ausgesprochen.

[Mehr Informationen](#) zum Treffen der Umwelt- und VerkehrsministerInnen der EU

[Mehr Informationen](#) zum Thema der Abschaffung der Zeitumstellung

[Mehr Informationen](#) zur Tagung der VerkehrsministerInnen am 30. Oktober

EU-Maßnahmen zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung durch Kunststoffe

Die EU ergriff am 31. Oktober Maßnahmen zur Verringerung der Umweltverschmutzung durch Kunststoffe, indem sie strenge neue Beschränkungen für Einwegprodukte aus Kunststoff festlegt, die Teil der Bemühungen der EU zum Schutz der Umwelt und zur Sanierung der Ozeane ist.

Die neuen Vorschriften werden die Verwendung bestimmter Einweg-Kunststoffprodukte, für die es Alternativen gibt, verbieten. Darüber hinaus werden spezifische Maßnahmen eingeführt, um die Verwendung der am häufigsten weggeworfene Kunststoffprodukte zu reduzieren, insbesondere derjenigen, die häufig an europäischen Stränden zu finden sind.

Für die österreichische Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus Elisabeth Köstinger verschmutzen die Kunststoffabfälle die Flüsse Europas, die Strände und die Ozeane. Deshalb werde die EU Kunststoffprodukte verbieten, für die es gute Alternativen gibt.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

EU-FinanzministerInnen beraten über die Besteuerung der digitalen Wirtschaft und über umweltfreundliche Investitionen

Die EU-FinanzministerInnen führten am 06. November eine Orientierungsdebatte über den Vorschlag zur Einführung einer Steuer auf digitale Dienstleistungen und über die Klimaschutzfinanzierung.

Im Bezug auf die Besteuerung der digitalen Dienstleistungen konzentrierte sich die Diskussion auf zwei Kernpunkte: der Umfang der steuerpflichtigen Dienstleistungen und die Frage des Auslaufens der Richtlinie – die sogenannte „Sunset-Klausel“. Bezüglich der „Sunset-Klausel“ sind sich alle Mitgliedstaaten einig, dass die Richtlinie auslaufen sollte, sobald es eine umfassende Lösung für die Besteuerung der digitalen Wirtschaft auf OECD-Ebene gibt. Während der Vorschlag auf technischer Ebene ausführlich diskutiert wurde und Fortschritte in einer Reihe von Fragen wie Definitionen, Steuererhebung und Verwaltungszusammenarbeit erzielt worden, bestehen noch Meinungsunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten in mehreren Fragen, einschließlich des genauen Umfangs der

Dienstleistungen, die der künftigen Steuer unterliegen werden.

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zu den Finanzierungsaspekten des Klimaschutzes im Vorfeld der COP24-Konferenz über den Klimawandel in Polen an. Im Entwurf werden rasche und ehrgeizige Fortschritte gefordert, um sicherzustellen, dass die Finanzströme den mit dem Pariser Abkommen festgelegten Zielen entsprechen. Die EU-FinanzministerInnen hoben die Bedeutung der CO₂-Preisgestaltung für die Verlagerung der Finanzströme hin zu niedrigen Treibhausgasemissionen und nachhaltigen Investitionen hervor.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Facebook-Datenklau: Privatsphäre von Usern besser schützen

In Folge des Skandals um den Datenklau bei Facebook durch Cambridge Analytica fordert das EU-Parlament eine umfassende Überprüfung von Facebook und neue Maßnahmen gegen Wahlmanipulationen.

Am 25. Oktober verabschiedeten die Europaabgeordneten eine Entschließung, in der Facebook aufgefordert wird, den zuständigen Stellen der EU eine umfassende Untersuchung des Datenschutzes und der Regeln zur Sicherheit von personenbezogenen Nutzerdaten zu ermöglichen. Auslöser war der Skandal um Cambridge Analytica.

Die Europaabgeordneten haben festgestellt, dass die von Cambridge Analytica entwendeten Daten möglicherweise für politische Zwecke verwendet wurden, etwa während des Brexit-Referendums oder im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 2016.

Die Abgeordneten wollen Wahlmanipulationen in sozialen Medien verhindern durch: die Anwendung von konventionellen „Offline“-Schutzvorkehrungen für Wahlen auch online, die Kennzeichnung bezahlter Online-Werbung und der dahinter stehenden Organisationen, die Kennzeichnung von Inhalten, die von Bots geteilt werden und die Untersuchungen in den Mitgliedstaaten, mit Unterstützung von Eurojust, von mutmaßlichem Missbrauch politischer Online-Plattformen durch ausländische Kräfte.

[Mehr Informationen](#)

Das EU-Parlament hat über das EU-Japan-Handelsabkommen im Handelsausschuss abgestimmt

Der Handelsausschuss des EU-Parlaments gab am 05. November seine Empfehlung ab, das richtungsweisende Handelsabkommen der EU mit Japan zu genehmigen.

Das Handelsabkommen zwischen der EU und Japan wird letztendlich fast alle Zölle auf Waren abschaffen. Es öffnet den Dienstleistungsmarkt, einschließlich E-Commerce, Seeverkehr, Postdienste, Energie und Telekommunikation. Es schafft auch gemeinsame Regeln für den bilateralen Handel und gemeinsame Normen für die beiden Handelsblöcke.

Der Ausschuss äußerte sich positiv zu dem ehrgeizigen Niveau, auf dem die Zölle parallel zur Sicherung sensibler Sektoren liberalisiert werden. Er würdigte auch die Öffnung der Beschaffungsmärkte in Japan, unter anderem im Bereich der Eisenbahnausrüstung, die es den EU-Lieferanten ermöglicht, auf diesem Markt zu konkurrieren. Ein weiterer Sektor, der beim Handel am meisten profitieren würde, ist die Landwirtschaft und die Lebensmittelindustrie.

Der Ausschuss begrüßt auch das in der Vereinbarung verankerte hohe Umwelt- und Arbeitsschutzniveau, das Bekenntnis zum Pariser Abkommen zur Bekämpfung des Klimawandels und ermutigt beide Parteien, den illegalen Holzeinschlag zu bekämpfen. Die Mitglieder des Handelsausschusses betonten jedoch, dass Japan alle relevanten Arbeitsgesetze der Internationalen Arbeitsorganisation ratifizieren muss. Sie fordern die EU-Kommission ferner auf, bei einer bevorstehenden Überprüfung des Kapitels über nachhaltige Entwicklung des Abkommens zu prüfen, wie die vereinbarten Umwelt- und Arbeitsnormen besser durchgesetzt werden können.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Europäisches Parlament

Europas Konservative gehen mit Weber in die Europawahl

Die Europäische Volkspartei geht mit ihrem derzeitigen Fraktionschef Manfred Weber als Spitzenkandidaten in die Europawahl. Der deutsche 46-jährige Christsoziale setzte sich am 08. November beim EVP-Kongress in Helsinki mit großer Mehrheit gegen den finnischen Ex-Premier Alexander Stubb durch.

Weber erhielt 492 Stimmen, Stubb kam auf 127 Stimmen. 621 der 758 DelegiertInnen hatten sich an dem Urnengang beteiligt, zwei Stimmen waren ungültig. Weber erhielt damit 79 Prozent der abgegebenen Stimmen, Weber 20 Prozent. Weber war als Favorit in die geheime Wahl durch die 758 DelegiertInnen aus den EU-Staaten gegangen, hatte er doch die Unterstützung aller Staats- und Regierungschefs der EVP.

Nachdem Weber und Stubb sich in einer Debatte am 07. November noch harmonisch gezeigt hatten, gaben sie sich in ihren Bewerbungsreden angriffiger. So ging der deutsche Christsoziale in einer verhüllten Anspielung auf seinen sprachgewandten Kontrahenten auf Distanz zu einem

Europa "der Hochgebildeten, der Eliten".

Die EVP ist die erste europäische Partei, die ihren Spitzenkandidaten formell bestimmt. Unklar ist, wen die vom 08. bis zum 10. November in Madrid tagenden Liberalen ins Rennen schicken werden. Sie sehen das Spitzenkandidatensystem kritisch. Für die Sozialdemokraten wird der Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans, antreten. Timmermans hat bei dem Kongress der Sozialdemokraten im Dezember in Lissabon keinen Gegenkandidaten, nachdem der Slowake Maros Sefcovic das Handtuch geworfen hat.

[Mehr Informationen](#)



Ausschuss der Regionen

EU-Kommission schlägt vor, die Rolle der Regionen und Städte zu stärken

Der EU-Ausschuss der Regionen (AdR) hat am 24. Oktober die Absicht der EU-Kommission begrüßt, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften stärker in die Politikgestaltung der EU einzubeziehen.

Der AdR unterstützt die in der Mitteilung der EU-Kommission angekündigten Vorschläge über die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit, die nach Ansicht des AdR die Qualität und Wirksamkeit der EU-Politik verbessern werden, indem er den Städten und Regionen mehr Mitsprache einräumt.

In der Mitteilung der EU-Kommission wird ferner das Pilotprojekt der Regionalzentren des AdR begrüßt, das Präsident Lambertz Anfang des Monats in seiner Rede zur Lage der Europäischen Union angekündigt hat. Das vorgeschlagene Netz regionaler Zentren sollte dazu dienen, die Umsetzung der Politik besser zu überprüfen und die Erfahrungen der lokalen und regionalen Behörden besser in die Politikgestaltung der EU einfließen zu lassen.

Die EU-Kommission ermutigt auch den EU-Rat, das EU-Parlament und die nationalen Parlamente, das vorgeschlagene "Subsidiarity Assessment Grid" zu nutzen, Vertreter der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu ihren Sitzungen während des Gesetzgebungsverfahrens einzuladen und die Zusammenarbeit mit den regionalen Parlamenten zu intensivieren. Die EU-Kommission schlägt vor, diese Ideen im Rahmen der Konferenz "Subsidiarität als Bauprinzip der Europäischen Union" weiterzuentwickeln, die vom österreichischen EU-Ratsvorsitz am 15. und 16. November in Bregenz organisiert wird.

[Mehr Informationen](#)



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Öffentliche Konsultation zur Empfehlung für vernetzte und automatisierte Mobilität \(CAM\)](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

24. Oktober 2018 – 04. Dezember 2018

[Consultation on the establishment of the annual priority lists for the development of network codes and guidelines for 2019 and beyond](#)

Energie

15. Oktober 2018 – 25. Januar 2019



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Gaspar Kostajnssek, M.A.